

„Fraport verhöhnt ganze Region“

PROTESTWELLE Scharfe Kritik an Fluglärm-Äußerungen von Unternehmenschef Schulte

MAINZ (mon/grü). Die Kritik an den jüngsten Äußerungen von Fraport-Chef Dr. Stefan Schulte ist groß. Schulte hatte vergangene Woche in Mainz gesagt, dass 60 bis 70 Prozent des Fluglärms psychische Wahrnehmung seien, der Umgang mit Fluglärm eine „Kopfsache“.

Schultes Äußerungen seien an Zynismus nicht zu überbieten, erklärt der Vorsitzende der Bezirksärztekammer, Dr. Jürgen Hoffart: „Das zeigt erneut, wie wenig Fraport und sein Hauptaktionär, das Land Hessen, die Gesundheit der Menschen in Rhein-Main-Gebiet interessieren.“ Es gehe „nur um wirtschaftliche Interessen und Profitmaximierung“.

Es gebe inzwischen mehr als genug wissenschaftliche Studien, die nachwiesen, dass Fluglärm krank mache, betont Hoffart. Insofern sei auch die vom Land Hessen und Fraport mit mehr als fünf Millionen Euro finanzierte Norah-Studie unnötig. Als Ergebnis werde doch nur eines herauskommen, sagt Hoffart ironisch voraus: „Dank Fraport leben wir in Rhein-Main in einem wirtschaftlich prosperierenden Kurgebiet.“

Noch schärfer geht der Mainzer Universitätsprofessor Thomas Münzel, zugleich Vorsitzender des Vereins „Gesundheitsregion Rheinhessen“ und Vorstand der Mainzer Stiftung Herz, mit Schulte ins Gericht: „Der Vorstandsvorsitzende von Fraport verhöhnt mit seinen Äußerungen eine ganze Region“,

sagt Münzel und fordert den Fraport-Chef zum sofortigen Rücktritt auf.

Die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin Malu Dreyer (SPD) sagt: „Die Menschen fühlen sich von der Fraport AG nicht im Geringsten ernstgenommen, wenn sie von verantwortlicher Stelle hören müssen, dass der Großteil der empfundenen Belastungen Einbildung sind.“

Die SPD-Ratsfraktion in Mainz richtet sich dagegen an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, und die Mitglieder der Ausschüsse für Verkehr und Umwelt. Sollten die EU-Parlamentarier bald einer im Dezember 2011 vorgestellten Betriebsbeschränkungsverordnung zustimmen, können Betriebsbeschränkungen an Flughäfen – wie etwa das Nachtflugverbot in Frankfurt – von der EU aufgehoben werden, warnt Fraktionsvorsitzender Dr. Eckart Lensch. „Der gesundheitliche Schutz des Einzelnen und der gesellschaftliche Lebenswert müssen ihre rechtliche Beachtung finden. Wirtschaftliche Interessen einzelner Unternehmen dürfen nicht über dem Gesundheitsschutz und den sozialen Interessen stehen“, betont Lensch.

Bei der Montagsdemonstration am Frankfurter Flughafen, die gestern von der Initiative gegen Fluglärm Mainz gestaltet worden ist, war auch der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) dabei.